

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

17.5.1932 (No. 113)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 353
und 354
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. H. M. v. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatte, bei Abnahme von 1000 Reichspfennig 10% Rabatt, bei Abnahme von 5000 Reichspfennig 15% Rabatt. — Im Falle von höherer Gewalt, — für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offiziersliste und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Militärrevolution in Japan Der japanische Ministerpräsident ermordet — Weitere Attentate

Der japanische Ministerpräsident Inukai ist am Sonntag in Tokio durch zwei Revolverkugeln ermordet worden. Der Anschlag wurde von 10 jungen Leuten in Offiziersuniform verübt, die in das Haus des Ministerpräsidenten eindrangen und alles niederschossen, was sich ihnen in den Weg stellte. Außer Inukai selbst und einem Besucher sind noch vier Polizeibeamte und eine Hausangestellte verwundet worden.

Zu gleicher Zeit wurden — gleichfalls von jungen Leuten, die Offiziersuniform trugen — Bombenanschläge gegen die Bank von Japan, die Mitsuibishi-Bank, das Polizeipräsidium, das Büro der oppositionellen Seiyukai-Partei und das Haus eines der Hausminister des kaiserlichen Hauses, Großsteuergewahrsam Makino, verübt. Auch der Kriegsminister, General Araki, war das Ziel eines Bombenschlags. Eine Gruppe bewaffneter Männer drang um Mitternacht in seine Wohnung ein und bedrohte seinen Diener. Araki war jedoch schon weggegangen, um an der außerordentlichen Sitzung des Kabinetts teilzunehmen.

Von den Terroristen wurden nach dem Anschlag auf den Ministerpräsidenten und den vier Bombenattentaten Flugblätter verbreitet, in denen eine „Vereinigung junger Offiziere des Heeres und der Flotte“ Proteste gegen die japanischen Regierungs- und Verwaltungsmethoden erhebt. In den Flugblättern werden insbesondere die japanische Diplomatie und die leitenden Behörden des Heeres und der Flotte aufs heftigste angegriffen, aber auch die Erziehungs- und Wirtschaftsmethoden in Japan starkem Tadel unterzogen. Es hat den Anschein, als ob es sich um faschistische Terrorakte handelt.

Das japanische Kabinet hat gleichfalls traditionsgemäß seinen Rücktritt erklärt. Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch noch nicht angenommen. Die Wertpapier- und Produktionsbörsen sind wegen der politischen Lage einwärts geschlossen.

Ultimatum der japanischen Armee

W.D. Tokio, 17. Mai. (Reuter.) Die Armee ist mit einem Ultimatum hervorgetreten, in dem sie die Bildung einer nationalen Regierung verlangt.

Man glaubt, daß das Ultimatum der japanischen Armee beachtet werden könne, da nach der Verfassung der Kriegsminister aus der Zahl der Generale gewählt werden muß und daher ein Kabinet nicht ohne Billigung der Armee, die jetzt die Beteiligung an einem Parteikabinet ablehnt, gebildet werden kann.

Der Hintergrund der Attentate

W.D. Paris, 17. Mai. (Tel.) Eine nach Japan entsandte Sonderberichterstatterin des „Petit Parisien“ erklärt, die Nachricht von dem Attentat sei nicht unerwartet gekommen. Alle Welt habe in letzter Zeit in verschiedensten Worten von einem militärischen Staatsstreich gesprochen. Allerdings habe niemand geglaubt, daß er so nahe bevorstehe. Das Attentat gelte somit symbolische Bedeutung. Es handle sich um ein Verbrechen in der Reihe politischer Attentate, denen im Januar und Februar der Finanzminister und ein Direktor der Großbank Mitsu, Baron Dan, zum Opfer gefallen seien. Die Attentäter seien Mitglieder einer Liga, die den Namen „Blutbrüderchaft“ führe, gewesen, und man habe bei vielen Vergehensmisse gefunden, in denen zahlreiche Politiker und Großkapitalisten aufgeführt waren, die von ihnen zum Tode verurteilt worden seien. Aber die Untersuchung sei stillschweigend bewahrt worden, und man habe sogar angekündigt, daß der Prozeß nicht vor 1933 würde stattfinden können.

In Wirklichkeit liege die Sache so, daß mehrere hohe Persönlichkeiten der Armee und der Flotte in die Angelegenheit verwickelt gewesen seien. Ein hochstehender Politiker habe der Korrespondentin erklärt: „Wir sind auf dem besten Wege zum Extremismus. Unser Heer ist ausgesprochen nationalistisch und gleichzeitig antikapitalistisch eingestellt, so daß die soziale Umwälzung sehr wohl von Militärpersonen ausgehen könnte.“

Geburtstag Dr. Kahl

Geburtstag Professor Dr. Wilhelm Kahl ist Samstag mittag gegen 1 Uhr in Berlin im Alter von 83 Jahren gestorben.

Geb. Rat Prof. Dr. Kahl stammte aus Klein-Deubach in Unterfranken. Er studierte Rechtswissenschaften und habilitierte sich 1876 an der Universität München. Über die Universitäten Rostock, Erlangen und Bonn kam Prof. Kahl an die Universität Berlin, wo er seit 1896 wirkte und im Amtsjahr 1908/09 das Rektorat bekleidete. In seiner staatsrechtlichen Praxis hatte Prof. Kahl u. a. große Erfolge in dem von 1891 bis 1905 laufenden Bismarck'schen Thronfolgestreit, was ihn in freundschaftlichen Beziehungen zur Familie des Fürsten von Bismarck brachte. 1919 gehörte er der Nationalversammlung in Weimar als Mitglied der Deutschen Volkspartei an und seit 1920 ununterbrochen dem Deutschen Reichstag. Er war der älteste angesehene Strafrechtslehrer Deutschlands. Im Reichstag trat er besonders bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuchs hervor.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben an Frau Geh. Rat Kahl Beileidstelegramme gerichtet.

Letzte Nachrichten

Eine amerikanisch-deutsche Rundgebung

Die deutsche Flagge am Gefallenendenkmal in Hoboken

W.D. New York, 17. Mai. (Tel.) An dem Ehrenaltar für die Toten des Weltkrieges in der St. Pauls-Kathedrale in Hoboken wurde gestern in Gegenwart von Vertretern englischer, französischer, italienischer, belgischer und aller hiesigen deutschen Veteranenorganisationen die deutsche Flagge neben den Fahnen der alliierten Mächte angebracht.

Generalkonsul Riey, der dem amerikanischen Admiral Clegg die Flagge überreichte, wies darauf hin, daß diese Rundgebung das gleiche Ziel verfolge, wie die vorjährige Verbrüderung der amerikanischen Legion mit den deutschen Veteranen in New York, wobei eine Entschärfung gegen die Behauptung von der deutschen Kriegsschuld und gegen die Kriegsverträge gefordert worden war.

Die deutsche Flagge wurde von General James Harbord, dem Stabschef der amerikanischen Truppen im Weltkrieg, mit einer Ansprache entgegengenommen. Der General erklärte, es sei Zeit, die Dinge zu vergessen, die die traditionellen Bande zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten brachen, und sich statt dessen daran erinnern, wie viele gemeinsame Bande Amerikaner und Deutsche verknüpfen. Kürzlich begrüßten wir, so führte er u. a. aus, die Wahl eines Präsidenten in Deutschland, der durch den Nebel der europäischen Unstabilität und des politischen Chaos auf das verkörperte Bollwerk gegen den Fortschritt des Radikalismus emporging.

Die deutsche Flagge wurde durch den Newarker Bischof Starke eingeseget. Während der Feier kreuzte der „Do. X.“ über der Kirche.

Die Arbeiten der Abrüstungsausschüsse

W.D. Genf, 17. Mai. (Tel.) Die technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz haben ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Sie beschäftigen sich weiter mit der Angabe derjenigen Rüstungskategorien, die unter das Verbot der schweren Angriffswaffen fallen sollen.

Prozeß gegen Gorguloff im Juli?

W.D. Paris, 17. Mai. (Tel.) Der Russe Paul Gorguloff, der den Präsidenten der Republik, Doumer, erschossen hat, wird, „Echo de Paris“ ankündigt, höchstwahrscheinlich im Monat Juli vor dem Pariser Geschworenengericht zu verurteilt werden.

Schiffskatastrophe im Indischen Ozean

200 Personen vermißt

W.D. Aden, 17. Mai. (Tel.) Auf dem französischen 21000-Tonnen-Dampfer „Georges Phillippar“, der sich auf der Rückreise von Ostafrika nach Marseille befindet, brach ein verheerender Brand aus. Auf dem Schiff befanden sich etwa 500 bis 600 Passagiere. Der größere Teil der Passagiere wurde von verschleuderten, zur Hilfe herbeigeeilten Dampfern aufgenommen. Von den Passagieren und der Besatzung werden 200 Personen vermißt.

Der französische Passagierdampfer „Georges Phillippar“ war auf der Rückreise von Ostafrika nach Marseille in der Nähe von Cap Guardafui (östlichste Spitze Afrikas in Nalensisch Somaliland) in Brand geraten. Das Schiff hatte eine Wasserverdrängung von 21 448 Tonnen, es war 172 Meter lang und 20,8 Meter breit.

Bisher 673 Personen gerettet

W.D. Aden, 17. Mai. (Tel.) Die Dampfer „Contractor“ und „Mahsud“ befinden sich mit 253 Überlebenden des „Georges Phillippar“, darunter 153 Passagieren, auf dem Wege nach Aden. Der französische Dampfer „André Lebou“ ist um Mitternacht ausgelaufen, um die von dem russischen Dampfer „Sowjetskaja Gesti“ geretteten 420 Personen zu übernehmen und sie nach Aden oder Dschibuti zu bringen.

Einberufung einer internationalen Währungs-Konferenz?

Der Währungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat beschlossen, Präsident Hoover zur Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung der Silber- und Währungsfrage aufzufordern.

Passive Außenhandelsbilanz in der Tschechoslowakei.

Der Außenhandel der Tschechoslowakei für den Monat April dieses Jahres schließt mit einem Passivum von rund 90,8 Millionen Kronen ab. In den abgelaufenen vier Monaten des Jahres 1932 war die Außenhandelsbilanz mit 187,5 Mill. Kronen passiv, in der gleichen Zeit des Vorjahres mit 638,8 Mill. Kronen aktiv.

Todesurteile wegen Spionage in Warschau.

In Warschau hatten sich der Bautechniker Bonkowski, der Generalstabsoffizier Berakowski und die Tänzerin Majewska wegen Spionage zu verantworten. Gegen Bonkowski und Berakowski wurde auf Lebenszeit, gegen Majewska auf 10 Jahre Zuchthaus verurteilt.

Der Rückgang der Bautätigkeit

Die Bautätigkeit hat im vergangenen Jahr in Stadt und Land einen erheblichen Rückgang erfahren. Wie einer Darstellung des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“ (Jahrgang 1932, Nr. 3 und 5) zu entnehmen ist, wurde die Wohnbautätigkeit durch die Verminderung der für Wohnungsbauzwecke zur Verfügung gestellten Hauszinssteuerermittel und sonstigen öffentlichen Mittel, durch die zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten und die wachsende Zahl der leerstehenden Alt- und Neuwohnungen aufs stärkste beeinflusst. Nur während der ersten Jahreshälfte gewährte der aus dem Vorjahr übernommene Baubestand dem Baumarkt noch einen gewissen Rückhalt.

Insgesamt wurden in den 96 Groß- und Mittelstädten rund 120 000 Wohnungen neu erstellt, d. h. rund 26 v. H. weniger als im Vorjahr und etwa 16 v. H. weniger als 1929. Mit der Bauleistung des Jahres 1931 sind dem Wohnungsmarkt der Städte mit über 50 000 Einwohnern seit 1919 rund 1,1 Millionen Wohnungen zugeführt worden, denen ein Abgang von rund 35 000 Wohnungen gegenübersteht. Der gesamte Wohnungsbestand in den Groß- und Mittelstädten belief sich Anfang 1932 auf 6,4 Millionen Wohnungen, von denen 17 v. H. Neuwohnungen waren, gegenüber 15,4 v. H. Anfang 1931 und 13,2 v. H. Anfang 1930.

Während die Zahl der in Neubauten erstellten Wohnungen stark abgenommen hat, hat sich die Umbautätigkeit beträchtlich erhöht, da die Großwohnungen vielfach nur schwer zu vermieten sind. Durch Umbau entstanden 1931 rund 6200 Wohnungen oder 5 v. H. sämtlicher Neubauten. Der Zugang war besonders stark im vierten Vierteljahr, in dem der Anteil der Umbauwohnungen an den gesamten Bauvollendungen auf 8 v. H. anstieg. 1930 wurden rund 4900 und 1929 rund 4400 Umbauwohnungen erstellt, d. h. jeweils etwa 3 v. H. sämtlicher Neubauwohnungen.

Mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wurden 89 v. H. aller in Wohngebäuden erstellten Wohnungen erbaut; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies keine nennenswerte Änderung.

Unter den im Berichtsjahr errichteten Wohnungen überwiegen wieder weitaus die Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen (einschl. Küche). Ihr Anteil ist in den letzten Jahren stark gewachsen und hat 1931 mit 57 v. H. sämtlicher erstellten Wohnungen seinen bisherigen Höchststand erreicht. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist außerdem zu berücksichtigen, daß vielfach auch die Größe der Wohnräume herabgesetzt und die Ausstattung der Wohnungen eingeschränkt wurde.

Von 100 Neuwohnungen entfielen im Jahre

	1927	1928	1929	1930	1931
auf Kleinwohnungen (1-3 Wohnräume einschl. Küche)	34,2	35,6	43,0	49,4	57,7
auf Mittelwohnungen (4-6 Wohnräume einschl. Küche)	62,6	60,4	53,8	48,2	41,1
auf Großwohnungen	3,2	4,0	3,2	2,4	1,9

Mit der Abnahme der Wohnungsgröße war jedoch kein entsprechender Rückgang der Gebäudegröße verbunden. Während im Jahre 1921 auf ein Wohngebäude im Durchschnitt 2,9 Wohnungen entfielen, enthielten die neu errichteten Wohngebäude im Jahre 1930 4,9, im Jahre 1931 5,1 Wohnungen. Von den 23 400 Wohngebäuden waren 26 v. H. Einfamilienhäuser, 74 v. H. Häuser mit 2 und mehr Wohnungen, gegen 73 v. H. im Vorjahr und 61 v. H. im Jahre 1927.

Dem Zugang stand ein Abgang von rund 4400 Wohnungen gegenüber, so daß sich der Reinzugang auf rund 115 000 Wohnungen belief, gegen rund 157 000 und 137 000 in den beiden Vorjahren. Durch Abbruch, Umbau und Brände ergab sich in den nachgenannten Jahren ein Abgang von

	Wohngebäude	Wohnungen
1931	863	4395
1930	1179	5177
1929	1408	5862
1928	1058	4403

Unter dem Druck der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die öffentlichen Körperschaften und die private Wirtschaft befanden, ist auch die Nichtwohnbautätigkeit im Jahre 1931 stark gesunken. Insgesamt wurden in den Groß- und Mittelstädten rund 5400 Nichtwohnbauwerke

mit 11 Millionen Kubikmeter umbautem Raum fertiggestellt, fast um die Hälfte weniger als im Vorjahr (21 Mill. Kubikmeter). Bei den öffentlichen Bauten (8 Mill. Kubikmeter) belief sich die Abnahme gegenüber 1930 auf 54 v. H., bei den gewerblichen Bauten (8 Mill. Kubikmeter) auf 43 v. H. Nach Gemeindegrößenklassen gestaltete sich der Wohnungsbau 1931 wie folgt:

Wohnungs- bau nach Gemeinde- größenklassen	Gemeinden mit Einwohnern					insgesamt Berlin 1931	1930	
	10 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	100 000 bis 200 000	200 000 bis 500 000	500 000 u. mehr ohne Berlin			
Wauerlaub- nisse . . .	22221	7455	5746	13322	20181	11120	80045	166918
Baubeginne	19585	5674	4752	11169	17820	10715	69715	161914
Baubollen- dungen .	28835	14428	13150	26754	34364	32180	148711	197040

Einen weiteren Anhaltspunkt für die Beurteilung der Bautätigkeit bieten die Ergebnisse der Baustatistik in den Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern. Auch dort ging die Bauleistung — wenn auch nicht in demselben Ausmaß wie in den Groß- und Mittelstädten — zurück. Es wurden im Berichtsjahr rund 28 000 Wohnungen fertiggestellt, 18 v. H. weniger als 1930. In sämtlichen Städten mit über 10 000 Einwohnern, die zusammen fast die Hälfte der Einwohner Deutschlands beherbergen, wurden rund 149 000 Wohnungen erstellt, d. h. 25 v. H. weniger als im Vorjahr (197 000 Wohnungen). Der Anteil der Städte mit über 50 000 Einwohnern an den Bauvollendungen betrug 81 v. H. und hat sich gegenüber dem Vorjahr (82 v. H.) kaum verändert.

Zeitlich betrachtet, wurde die größte Zahl von Bauvollendungen in sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern im Juli erzielt, während in früheren Jahren das letzte Vierteljahr die höchsten Zahlen zu verzeichnen hatte. (Schluß folgt.)

3 und 5 Monate Gefängnis für Ley und Fuchs

Vor dem Großen Schöffengericht in Köln hatten sich am Samstag im Schnellverfahren der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Ley und sein Parteigenosse, der Kraftfahrer Fuchs, wegen des bekannten Zusammenstoßes zwischen Dr. Ley, mehreren seiner Parteigenossen und dem sozialdemokratischen Parteiführer, Reichstagsabgeordneten Otto Wels und dem Kölner Polizeipräsidenten Baufnecht zu verantworten. Das Urteil lautete gegen Dr. Ley auf drei Monate Gefängnis und gegen Fuchs auf fünf Monate Gefängnis.

In der Begründung erklärte der Vorsitzende, die Beweisführung habe ergeben, daß es als festgestellt zu betrachten sei, daß Dr. Ley den Polizeipräsidenten angefaßt und daß der Angeklagte Fuchs gegen Wels einen Schlag geführt habe. Das Gericht habe deshalb gemeinschaftliche Körperverletzung angenommen. Es sei darin vor allem dem als Zeugen vernommenen Ragen der Weinstube gefolgt, der das Telefongespräch Dr. Leys mitangehört habe. Dieser sagte aus, er habe zufällig gehört, wie Dr. Ley am Telefon sagte: „Kommen Sie unauffällig her, warten Sie aber draußen auf der Straße und machen Sie auch die Nummer des Motorrades unkenntlich!“ Es sei auch Tatsache, daß Dr. Ley telephoniert habe und daß bald darauf die Nationalsozialisten in das Lokal gekommen seien. Es sei anzunehmen, daß alle Beteiligten den Willen gehabt hätten, die Gegner anzugreifen. Zum Strafmaß führte der Vorsitzende aus, es habe sich um einen Angriff gegen Herren gehandelt, die an der Schwelle des Gesellschafters ständen und im öffentlichen Leben an hervorragender Stelle tätig seien. Andererseits sei die vorgerückte Stunde in der Weinstube berücksichtigt worden. Es sei auch eine Zeit politischer Hochspannung gewesen. Das habe strafmildernd angerechnet werden können.

Badisches Landes-Theater

Neu einstudiert:

„Rienzi“

Spricht man vom „Rienzi“, der Wagnerischen Früh-Oper, so überkommt manche Leute ein Gefühl, als müßten sie zunächst einmal einen Staubwedel zur Hand nehmen, um die Pracht seiner Kostüme wieder blank zu putzen. Daran ist zweifellos richtig, daß im Umkreis der anderen Werke des Bayreuther diese Schöpfung stets reichlich altertümlich wirken wird und ihrem Stil nach deshalb nicht mehr ganz dem Geschmack der Gegenwart zusagt, gleichwohl wäre es aber falsch, sie ihrer musikhistorischen, vorwiegend noch an Wagner orientierten Grundstruktur wegen nun völlig vom heutigen Spielplan auszuschließen. Wie gerade jetzt die breite und starke Resonanz, die ihre Neueinstudierung am bad. Landes-Theater fand, in erfreulichem Maße bestätigt, lohnt sich unbedingt von Zeit zu Zeit eine Erneuerung; ja wenn diese, wie es hier geschah, sorgsam und freudig auch mit dem Mut zu einer gestraffteren Fassung des Original gegenüber — in Motills Bearbeitung übrigens — vorgenommen wird, kann man kaum noch von einer konventionellen Erstarrung, der das Werk angeblich längst anheimgefallen sei, reden. Man darf das Wagnerische Gesamtwerk an der Wurzel packt, weit häufiger in einen deutschen Spielplan.

Also große Oper immerhin, aber kein hohes Theater, das ist der Gewinn dieser Wiederbelebung, die zudem mit dem entsprechenden Bühnenaufwand weder kargte, noch die ursprünglichen Kräfteverhältnisse etwa dadurch störte, daß sie nur Szenenfragmente gebracht hätte. So rücksichtslos wurde nichts herausgestrichen, oder zumindest blieb bei allen Fährnissen, die natürlich jeder und auch der kleinste Strich zumal bei Wagner mit sich bringt, wenigstens die klare Linie der Hauptfigur gewahrt. Aber das ist entscheidend, denn von der überlegenen menschlichen Haltung des letzten der Tribunen hängt überhaupt die gesamte Szenenwirkung ab, ohne diese bliebe es bei einem Aufgebot an theoretischer Größe zwar, doch die Anwendung der pompösen Mittel würde an Eindringkraft verlieren und oft noch äußerlicher wirken, als es innerhalb der fünf Akte ohnehin zuweilen geschieht. Es ist jedoch nicht allein ein Verdienst des Regisseurs Viktor Pruscha, daß er daraufhin seiner Inszenierung eine wohl-ermöglichte eindeutige Fundierung gab, ebenso wichtig und für den Erfolg entscheidend wurde die Besetzung des „Rienzi“ durch Theo Straß, der mit dem strahlenden Glanz seines helldünen und den ganzen Abend über schön ausgeglichenen Organs, aber auch dank seiner imposanten Darstellung, den sonst

Schwere Unwetterstürmen in Württemberg und im Rheinland

Magdalen und Zabergäu

W.D. Stuttgart, 17. Mai. (Tel.) Im Magdalen ging gestern gegen Abend ein schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder. Die Magdalen trat über die Ufer und überschwemmte die Straße, die teilweise unpässierbar wurde. In Magdalen selbst stehen zahlreiche Keller unter Wasser. Der Hagelschlag war so stark, daß die Gegend einer Winterlandschaft glich. Die Obstbäume wurden völlig entlaubt. — Auch im Zabergäu brachte das Gewitter schweren Hagelschlag mit sich, der die Obstente so gut wie vernichtete. Der Hagel erreichte Taubeneigröße. Die außerordentlich starken Niederschläge riefen überall Überschwemmungen hervor.

Moseltal und Ruhr

W.D. Koblenz, 17. Mai. Gestern abend ging über ganz Westdeutschland ein schweres Unwetter nieder. Besonders schwer heimgesucht wurden das Gebiet der unteren Mosel und die Höhenlagen der Eifel. Vollenbrüche mit Hagelschlag ließ in einigen Ortschaften das Wasser in den Straßen bis zu einem Meter ansteigen. Das Wasser rief alles mit sich, was im Wege stand. In Gils a. d. Mosel ertranken mehrere Personen. Miesingen ist der Schaden in den Weinbergen, auf den Aekern und an den Obstbäumen. Der fast hühner große Hagel hat sämtliche Blüten abgeschlagen. In eine kleine Kapelle im Wäldchen bei Gils hatten sich etwa 20 Ausflügler geflüchtet vor dem hereinbrechenden Unwetter. Die Flutwelle schloß sie ein und setzte die Kapelle fast bis zur Dede unter Wasser. Mütter und Männer hielten die Kinder in die Höhe, so daß sie knapp noch in dem Zwischenraum zwischen Dede und Wasser atmen konnten. Eine Schupo-Rettungspatrouille mußte die Dede einschlagen. Die Beamten brachten durch diese Prozedur die fast Ertrunkenen in Sicherheit. Drei Personen mußten schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

W.D. Müllheim a. Ruhr, 16. Mai. Ein Unwetter, wie es Müllheim nach dem Kriege nicht erlebt hat, suchte am zweiten Pfingstfeiertag zwischen 17 und 18 Uhr die westlichen Städte heim. Ein furchtbarer Hagelschlag vernichtete die ganze Obstbaumblüte und die Gemüsegärten. Der Hagel lag im freien Gelände stellenweise 10 Zentimeter hoch. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP. gegen den Berliner Polizeipräsidenten

W.D. München, 17. Mai. (Priv.-Tel.) Die Dr. Frid in einem Artikel im „Mittäglichen Beobachter“ mitteilt, hat die Reichstagsfraktion der NSDAP. gegen den Berliner Polizeipräsidenten Dr. Bernh. Weiß Strafanzeige erstattet. In dem Artikel wird unterstellt, Dr. Weiß sei nur deshalb in den Sitzungssaal des Reichstags gekommen, um die „Fibor“ rufenden Abgeordneten herauszubolen. Dieses Vorgehen stelle nach Auffassung der NSDAP. „Verbrechen im Amt“ (Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch) dar.

Verurteilung der verurteilten nationalsozialistischen Abgeordneten. Rechtsanwalt Dr. Franke II hat gegen das Urteil des Schnellschöffengerichts in Berlin, durch das die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Feines, Stegmann und Weibel zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, Berufung eingelegt.

Der Tarifstreit im Buchdruckgewerbe beendet. Wie der Deutsche Buchdruckerverein mitteilt, ist der seit dem 30. April bestehende tariflose Zustand im Buchdruckgewerbe durch Schaffung neuer Tarifbedingungen im Wege der Vereinbarung mit den Gehilfenverbänden beigelegt worden.

Der deutsche Flieger Hans Bertram, der am Sonntag in Kupang nach Port Darwin (Australien) aufgestiegen war, ist dort nicht eingetroffen. Nachrichten über den Verbleib des Fliegers liegen nicht vor. Ein Regierungsdampfer wurde nach der Timor-See ausgesandt.

Der reichsdeutsche Flieger Graf Tassilo Schaumburg lam in Prag bei Flugprobentischen Vorführungen ums Leben.

leicht luftleeren Raum in der Tat voll ausfüllte. Über das Manövrieren hier und da noch dürftigen Ensembleleistung — wer wollte das einem Komponisten überlassen, der vierundzwanzigjährig mit dieser Partitur gleichwohl frapperend genug sein eminentes Talent bewies? — täuschten nicht minder Ellen Winter, die mit prächtiger Stimme die Irene sang, und Marie Franz hinweg, obgleich ihr Adriano in der Klangfarbe doch manchmal lichter schien, als es eigentlich einem in seiner gewiß nicht beneidenswerten Situation noch so edelmütigen Liebhaber glaubhaft zugesprochen werden konnte. Was an kleineren Partien nebenher läuft, so u. a. der Colonna Adolf Schöpflin, Karlheinz Ufer als Orsini und Franz Schusters päpstlicher Legat, hielt sich ebenfalls weit über dem Durchschnitt, und nicht zuletzt verdiente sich der Chor, von Georg Hofmann samt dem mittelbesetzten Bachverein trefflich einstudiert, von Anfang an in der ihm zufallenden Hauptaufgabe die Note Eins.

Der musikalischen Dynamik und damit der nicht zu unterschätzenden klanglichen Verteilung eines Wertes, das akustisch seine Härten und Ranten hat, ward Generalmusikdirektor Josef Krips mit sach- und sachkundiger Hand Herr. Der „Rienzi“ ist gewiß noch keine ständig sich auf sich selbst erneuernde Musik, er bedarf bestimmter Steigerungen, aber auch wieder feiner Übergänge, um sich ohne Verflachung wirksam zu kontrastieren, um überhaupt — sagen wir es offen — genießbar zu werden und entgegen dem typischen Fall des Repertoirebetriebes den lärmenden Trübel eines Theaterabends so zu überdönen, daß die Erkenntnis auch seiner Einmaligkeit offenbar wird. Leuten, die das getadelt leugnen und darüber gern Peter und Morbio schreiben, wäre deshalb der Besuch einer der nächsten Vorstellungen dringend zu empfehlen; denn sie würden immerhin an der Wiedergabe merken, daß diese Musik nicht nur aus Marschrythmen besteht, sondern mitunter in eine Tiefe dringt, deren Wesensähnlichkeit mit besten Partien aus Lohengrin gar nicht zu übersehen ist. Es kommt eben auf die richtige Disposition an, die wir schließlich auch noch dem Bühnenbildner Torsten Necht zugestehen wollen, wennschon bei dem finale und somit dem Schlusstableau doch eine geschmackvollere Lösung denkbar bleibt, die zudem die Verwandlung vermeiden ließe.

Das Pfingstpublikum, von Mitgliedern des hier tagenden Vanreuther Bundes stark unterstützt, nahm die Neueinstudierung mit freudigstem Beifall auf und ehrte obendrein die Hauptmitwirkenden durch Ueberreichung von Lorbeerzweigen. S. Sch.

Frau Generalintendantin Luise Dumont †. Die Generalintendantin des Düsseldorfischen Schauspielhauses, Frau Luise Dumont, ist Montag abend gestorben.

Kurze Nachrichten

Einheitsfront der sozialistischen Parteien in Oessen? Der Vorstand der heftigen Sozialistischen Arbeiterpartei ist an die SPD. und an die KPD. herantreten mit dem Antrag, ein Wahlbündnis für den heftigen Landtagswahlkampf zu treffen. Dieses Bündnis soll eine Listenverbindung bringen. Die Hauptkraft der drei Parteien im Wahlkampf soll sich gegen die Nationalsozialisten richten.

Politischer Mord in Sofia. Der Vorsitzende der mazedonischen Emigrantenverbände, Dimitri Michailoff, ist Montag abend in Sofia ermordet worden.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Peru. Die mexikanische Republik hat die diplomatischen Beziehungen zu Peru abgebrochen, weil die peruanische Regierung die Abberufung des mexikanischen Gesandten und seines Stabes forderte. Peru begründet die Forderung damit, daß der mexikanische Gesandte kommunistische Elemente unterstütze.

Kleine Chronik

Bei Krupp in Essen brach diese Nacht ein Großfeuer in der sogenannten Steinbörze, einem Bau von 80 Meter Länge, 40 Meter Breite und etwa 10 Meter Höhe, aus. Die Kruppische Feuerwehr bekämpfte mit 18 Schlauchleitungen das Feuer. Die Ursache ist noch unbekannt. Gegen 4 Uhr morgens war das Feuer in der Hauptsache gelöscht. Der Schaden ist sehr groß.

Die fünf bei dem Förderfortbildungslauf auf der Zeche Dorffeld bei Dortmund ums Leben gekommenen Bergleute sind nunmehr geborgen worden.

Kurz vor der Einfahrt zum Bremer Hauptbahnhof entgleiste am Montagmorgen der D-Bus Köln-Bremen. Vom Speisewagen wurde die eine Seite durch ein Brüdengeländer vollkommen abgerast. Ein Personenzug blieb in halber Höhe auf der Böschung liegen. 10 bis 12 Personen, darunter das Küchen- und Betriebspersonal des Speisewagens, wurden zum Teil schwer verletzt.

Im Besinden des türkischen Botschafters Kemalattin Sami Pascha, der in Weimar im Krankenhaus infolge des gemeldeten Autounfalls liegt, ist eine merkwürdige Besserung eingetreten. Der Botschafter ist zeitweise schon wieder imstande, eine Unterhaltung zu führen.

Im Harz, in der Nähe der Sösetalsperre, stürzte ein Magdeburger Ausflüglerauto eine Böschung hinab. Sechs Personen wurden getötet. — Ein Kraftwagen fuhr bei Rürberg in eine Gruppe wartender Straßenbahnpassagiere und verletzte neun Personen schwer.

In Lippen (Kreis Hoya) brach am ersten Feiertag bei einem Stellenbesitzer Feuer aus. Vom Winde wurde Flugfeuer über die Dächer fortgetragen und setzte zahlreiche weitere strohgedeckte Gebäude in Brand. Insgesamt sind den Flammen 24 Gebäude zum Opfer gefallen.

Bei alpinen Unfällen während der Pfingsttage in den bayerischen und Tiroler Bergen kamen sieben Personen ums Leben. Auch der Matterhornbezwinger Toni Schmid ist am Wiesbachhorn (Großglocknergebiet) tödlich abgestürzt.

Auf der Insel Celebes, hauptsächlich in der Umgebung von Manado, haben sich schwere Erdstöße ereignet. Über 1000 Häuser wurden zerstört.

Neuerliche blutige Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Bombay forderten 16 Tote und über 200 Verletzte.

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr Badens im Winterhalbjahr 1931/32

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt)

Der Fremdenverkehr Badens im Winterhalbjahr 1931/32 hat nicht allen Erwartungen entsprochen. Neben der Wirtschaftslage hat sich die verhältnismäßig ungünstige Witterung und die Schneearmut des vergangenen Winters in den namhaften Winterportplätzen nachteilig ausgewirkt. Es kann daher nicht übertrieben, daß nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamts die Gesamtzahl der im Winterhalbjahr vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 in 190 badischen Fremdenverkehrsorten abgetragene Fremden unter 400 000 (genau 398 204) blieb, das sind 65 787 oder 14,2 Prozent weniger als im Winterhalbjahr 1930/31. Noch stärker zeigte sich der Rückgang bei den Übernachtungen. Es waren nur noch 1 184 084 Logiernächte zu verzeichnen, was gegenüber dem Winterhalbjahr 1930/31 einer Abnahme von nahezu 240 000 (16,8 Prozent) Übernachtungen gleichkommt.

An der Spitze der Städte mit den meisten Fremdenmeldungen steht Mannheim mit 53 654 angemeldeten Fremden; es folgen Karlsruhe (45 269), Freiburg (38 709) und Heidelberg (35 960). Mehr als 10 000 Fremden wiesen ferner Konstanz, Baden-Baden, Forstheim und Offenburg auf. Die meisten Übernachtungen ergab nach dem Kindererholungsheim auf dem Heuberg die Stadt Freiburg (79 523); es folgen Karlsruhe (75 578), Baden-Baden (70 691) und Heidelberg (66 224). Über 50 000 Übernachtungen meldeten St. Wälden, Bad Dürrenheim, Mannheim und Lohndorf. In einzelnen Fremdenorten wie Konstanz, Schönwald i. Schw. und St. Wälden konnte im Vergleich zum Winterhalbjahr 1930/31 erfreulicherweise eine Zunahme sowohl bei den Ankünften wie bei den Logiernächten der Fremden ermittelt werden.

Auch bei dem Ausländerverkehr war eine empfindliche Abnahme festzustellen. Insgesamt kamen in den Berichtsjahren nur noch 29 844 Ausländer an, während im vorangehenden Winterhalbjahr immerhin 36 846 abgetragene Ausländer gemeldet worden waren. Die Abnahme betrug sonach 17,9 Prozent. Bei England war der Ausfall mit 39,7 Prozent besonders auffallend, was wohl als Folge des Pfundsturzes angesehen werden darf. Fast ebenso stark war der Rückgang bei Österreich (— 38,5 Prozent); der Besuch aus Holland ging um 14,1 Prozent zurück. Eine Zunahme zeigte sich hingegen beim Fremdenverkehr aus der Schweiz (+ 13,6 Prozent) und aus Frankreich-Elsass (+ 2,2 Prozent). Abfolgt genommen war der Ausländerverkehr am stärksten aus der Schweiz (10 784 angemeldete Fremde); in weitem Abstand folgt Österreich (4577); in der weitesten Reihenfolge schlossen sich Frankreich, Holland, Vereinigte Staaten von Amerika und England an.

Die Zahl der Übernachtungen ist bei den Ausländern verhältnismäßig nicht so stark zurückgegangen wie bei den Inländern. Der Rückgang von 77 715 Übernachtungen 1930/31 auf 67 823 im letzten Winter ist zwar an sich sehr beträchtlich; er beträgt aber nur 13,4 Prozent, während die Abnahme bei den Inlandslogiernächten 17,8 Prozent ausmacht.

Einen kleinen Lichtblick bringt schließlich die Feststellung, daß bei den 126 badischen Kur- und Badeorten im Monat März im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der als angemeldet gemeldeten Fremden um insgesamt 8,9 Prozent, bei den Ausländern sogar um 21,8 Prozent eingetreten ist. Allerdings fiel in diesem Jahre das Osterfest ausnahmsweise schon in den März, was nicht wenig zu dieser Steigerung der Fremdenziffern beigetragen haben mag.

Der freiwillige Arbeitsdienst auf dem Versuch- und Lehrgut der Badischen Landwirtschaftskammer in Kastatt

Dieser Tage fand auf Einladung des Präsidenten der Bad. Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, eine eingehende Besichtigung des freiwilligen Arbeitsdienstes und damit im Zusammenhang auch eine Führung durch das Versuch- und Lehrgut und die Saatgutanstalt der Bad. Landwirtschaftskammer in Kastatt statt. Hieran nahmen u. a. teil der Präsident des Landesamtes für Südwestdeutschland, Kälin, als Vertreter des badischen Ministeriums des Inneren Ministerialrat Dr. Klok und Oberregierungsrat Emele.

Nach Begrüßungsworten durch den Präsidenten Dr. Graf Douglas übernahm Güterdirektor Busch die Führung, wobei er zunächst einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammerbetriebe in Kastatt gab. Neben züchterischen Erfolgen auf dem Gebiet der Saat- und Tierzucht haben die praktischen betriebswirtschaftlichen Unterzuchtungen höchste Anerkennung aller Stellen auch außerhalb Badens gefunden. Zum freiwilligen Arbeitsdienst übergehend, betonte Herr Busch, daß man mit den bisherigen Ergebnissen sehr wohl zufrieden sein könne. Es sei doch ein Zeichen des unbedingt vorhandenen Arbeitswillens des einzelnen, daß ein Wechsel von Personen im Arbeitslager selbst während der bisherigen dreimonatigen Tätigkeit nicht eingetreten ist. Mit allem Nachdruck wies Güterdirektor Busch darauf hin, daß der freiwillige Arbeitsdienst niemals für solche Arbeiten in Erwägung gezogen werden würde, die als Konkurrenz des freien Unternehmens gedeutet werden könnten. Es gebe aber innerhalb unseres deutschen Vaterlandes genügend Arbeiten, die zwar — vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen — niemals in Angriff genommen werden könnten, aber durch ihre Durchführung eben doch eine volkswirtschaftliche Tat seien, deren Auswirkung sich für die Gesamtheit mit der Zeit zweifellos günstig beurteilen lasse. Erfreulich ist zu beobachten, wie gut der kamerabschaftliche Geist der ganzen Arbeitskolonne sich entwickelt hat. Bis 1. Juni sind rund 6000 Kubikmeter Erde für die Einhebung von circa 2 Hektar Gelände bewegt und die beiden ersten Arbeitsabschnitte beendet.

Nach Rückkehr von der Besichtigung erfolgte noch ein Besuch der musterhaften Anlagen des Versuch- und Lehrgutes, worauf sich die Teilnehmer zu einer gemeinsamen Aussprache im Lehrgarten des Gutes zusammenfanden. Das Arbeitsdienstlager Kastatt ist das Werk des Jungdeutschen Ordens.

Aus der badischen Industrie

Aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Nach wie vor bleibt in der Hauptindustrie des Schwarzwaldes, der Metallindustrie, die erwartete Belebung des Frühjahrsgefühls aus, namentlich in der Uhrenindustrie. Gut geht nur die Radiofabrikation. So hat jetzt die Schwarzwälder Apparatebauanstalt Scherz & Söhne, die die bekannten Saba-Apparate herstellt, in Billingen ein neues vierstöckiges Fabrikgebäude errichtet. Der Baumarkt liegt dagegen vollkommen daneben. Verschärfend kommt noch hinzu, daß viele Industriearbeiter in der Landwirtschaft Dauerbeschäftigung gefunden haben, so daß die sommerliche Nachfrage nach Arbeitskräften auch dort kaum noch in die Erscheinung tritt.

Betriebsstilllegung in der Uhrenindustrie. In Gütenbach ist der von der Firma Carl Schab, Triberg, übernommene Betrieb der früheren Filiale der Badischen Uhrenfabrik Furtwängers, stillgelegt worden. Sämtliche Arbeiter wurden entlassen.

Gemeinderendebau

Der Beamtenstab der Stadt Mannheim. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Beamten 2049, am 1. April d. J. 2177, dazu kommen 740 Angestellte am 1. April 1932. Die Zahl der städtischen Arbeiter im Jahre 1914 war 1842, am 1. April d. J. 2121.

Schweinger Notgemeinschaft ohne Mittel. Die Schweinger Nothilfe hat zur Weiterführung der in der Gemeinschafts-Küche eingerichteten Speisung keine Mittel mehr, obwohl noch großes Bedürfnis besteht. Mit Wirkung vom 1. Mai an wurde der Kreis für die Mahlzeit daher von bisher 10 auf 15 Pf. erhöht, während der Rest der Gesehungslosten, d. i. etwa 80 Pf. pro Mahlzeit, vorläufig von der Stadt übernommen wird. Statt bisher 300 Essen werden künftig nur noch 250 täglich ausgegeben. Ein Weiterbestehen der Gemeinschaftsküche über den 15. Mai hinaus ist in Frage gestellt.

Ein Hanauer Dorf in Not. Zu den Gemeinden des einst wohlhabenden Hanauerlandes, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen wurde, gehört die im nördlichen Teil gelegene kleine Gemeinde Grauelbaum, vor dem Kriege bekannt durch ihre Rohwareindustrie. Das Dorf zählt 340 Seelen und 80 Familien. Von diesen sind 50 Hauptunterstützungsempfänger oder ausgesetzte Erwerbslose. 136 Einwohner sind auf Unterstützungen angewiesen. Die Gemeindefinanzen sind bis auf das Letzte ausgeblutet, so daß eine genügende Unterstützung nicht möglich ist. Die Notlage ist außerordentlich groß, stellenweise können die betroffenen Familien ihre Acker nicht mehr bestellen, da sie in ihrer Notlage ihr Saatgut verbezert haben und keine Mittel besitzen, um neues zu beschaffen.

Der Kreisvoranschlag Offenburg. Die Ende Mai stattfindende Kreisversammlung wird sich mit dem Voranschlag 1932/33 befassen. Der ungedeckte Aufwand beläuft sich auf 584 079 M., der durch Umlage aufzubringen ist. Der Kreisrat schlägt zur Deckung die Einhebung von 225 Hundertteilen der gesetzlichen Steuergrundbeträge unter vorläufiger Zugrundelegung der 1931er Kreissteuerwerte vor. Der Kreisrat soll dann ermächtigt werden, auf Eingang der 1932er Steuerwerte die zu erhebenden Hundertteile der gesetzlichen Steuergrundbeträge für das neue Rechnungsjahr endgültig festzusetzen. Weitere Anträge des Kreisrats an die Kreisversammlung betreffen die Aufnahme eines Darlehens von 25 000 M. bei der Pfälzerischen Wohltätigkeitsstiftung Offenburg und Aufwendungen für Straßen.

Beamte und NSDAP. Der Gemeinderat Sigen am Solentwiel hat in seiner letzten Sitzung einem Antrag der Nationalsozialisten auf freie Meinungsäußerung, sowie freie Betätigung der städtischen Beamten im politischen Leben nach formeller Nichtigstellung zugestimmt.

Zwangsmassnahmen zur Steuererhebung. Da in Offenburg bei einer Reihe von Hausbesitzern große Rückstände an Umlagegebäudesteuer und Hypothekenzinsen angelaufen sind, für die der dingliche Schutz des § 10 des Zwangsversteigerungsgesetzes demnach erlischt, soll von den Schuldnern die Abtretung der Pfandbriefe an die Stadt gefordert und im Weigerungsfalle die Zwangsverwaltung der betreffenden Grundstücke beantragt werden.

Aus der Landeshauptstadt Die Pfingstfeiertage

Nachdem sich der Mai zunächst eigentlich recht aprilmäßig angehalten und sogar empfindlich kalte Tage gebracht hatte, trat am letzten Donnerstag mit langsamem Temperaturanstieg eine Wendung zum Besseren ein. Gerade noch zur rechten Zeit vor Pfingsten haben die gefährdeten Eisheiligen ihr Szepter aus der Hand gegeben.

Auf den Bahnhöfen entwickelte sich schon am Samstag ein Massenverkehr, aber auch am Pfingstsonntagmorgen waren die Züge nach allen Richtungen stark besetzt, sowohl die kurzfristigen, wie auch die zahlreichen Sonderzüge. Als bevorzugtes Ausflugsziel erwies sich unser schöner Schwarzwald. Die reinsten Völkermassierungen ergossen sich in das Alb- und Murgtal und auch das Gebiet des Neckars, von Mannheim-Heidelberg bis hinauf nach Bad Wimpfen und Heilbronn. Viele fuhren auch nach der Pfalz. In Karlsruhe gab es starken Zug nach Rappelsburg, wo man auf Pfingsten eine großartige Kanu- und Bootfahrt erlebte. Einen Niefenvertehr hatte die Reichsbahn am Pfingstmontagabend zu bewältigen, als der Rückstrom der Reisenden und Touristen einsetzte; doch vollzog sich die Abwicklung dank der vorzüglichen Organisation und des aufopfernden Pflichterfüllens des Personals völlig reibungslos.

Über die Feiertage war in der badischen Landeshauptstadt allerhand los. Der **Vayreuther Bund** hielt hier seine Reichstagsung ab, womit am Sonntag eine Festschiffahrt von Richard Wagner's „Mezsi“ im Landestheater verbunden war, während der Montag eine Wagner-Morgensfeier brachte. Karlsruhe Kleinod, der Stadtgarten, bewies die alte Anziehungskraft, zumal bei Konzert und bengalischer Beleuchtung des Sees. Dann die bereits angekündigte große Pfingstwanderfahrt des Deutschen Kanuverbandes, an der sich einige hundert Boote beteiligten. Die Raddler hatten auf ihrer Rheinfahrt von Breisach aus hier Station gemacht und in der Strandbadanlage ein Zeltlager bezogen, um am zweiten Feiertag weiter rheinabwärts nach Mannheim zu fahren, von wo es über Mainz, Koblenz nach Köln geht.

Von anderen sportlichen Veranstaltungen wäre noch zu erwähnen die Platzweihede des Reichsbahn-Turn- und Sportvereins, die in Anwesenheit zahlreicher auswärtiger Gäste erfolgte. Der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Herr von Eltz, würdigte das Ereignis durch eine Ansprache. — Auch die Rottler feierten ein Fest, und zwar war es der Gesangverein „Postalia“, der in der Festhalle seinen 25jährigen Gedenktag beging.

Das schöne Pfingstwetter erlitt am Montagnachmittag eine Unterbrechung durch ein starkes Gewitter, das eine merkwürdige Abkühlung brachte.

Besuch der städt. Volksschule in Karlsruhe. Die Zahl der Anfänger in den Volksschulen zu Beginn des Schuljahres 1932/33 beträgt bei den Anfängern 2215 (im Vorjahr 2258). Die gesamte Volksschule, einschließlich der Hilfsschule und Sprachheilsschule zählt 368 (376) Klassen mit 15 897 (14 717) Schülern.

Zur Anzeige gelangte ein Wädel aus Welschnieure, weil er mit einer Gruppe jugendlicher Nationalsozialisten über die Feiertage eine nichtangemeldete Kraftfahrzeugfahrt veranstaltete.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Durch heiteres Wetter konnte sich an den beiden Feiertagen die Einstrahlung voll auswirken und so stiegen die Temperaturen in der Rheinebene am Sonntag bis auf 29 Grad, am Montag bis 27 Grad, auf dem Hochschwarzwald wurden sogar 15 Grad erreicht. — Infolge der starken Erwärmung konnte eine Handföhrung der nordatlantischen Zyklone gegen das Festland vordringen. Sie zog gestern in den Nachmittagsstunden unter verbreiteten Gewittern über unser Gebiet. Die mit der Gewitterfront vorbringende maritime Luft baut hohen Druck über Westeuropa auf (Druckanstieg in Karlsruhe, seit gestern 15 Uhr 9 Millimeter), der Besserung des Wetters zur Folge haben wird. — **Vorhersage:** Aufsteigend und wieder wärmer, vorwiegend trocken und abblauende Winde.

Wassersstände: Rheinhafen 323 minus 3, Basel 132 minus 2, Schutterinsel 193 minus 2, Rheinweiler 50 minus 3, Kehl 330 minus 3, Maxau 515 minus 7, Mannheim 422 minus 12, Caub über 200 Ztm.

Handel und Wirtschaft Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	17. Mai		18. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.88	171.22	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	84.22	84.38	84.17	84.33
Italien . . . 100 L.	21.67	21.71	21.68	21.72
London . . . 1 Pf.	15.38	15.42	15.38	15.42
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.605	16.645	16.605	16.645
Schweiz . . . 100 Fr.	82.32	82.48	82.27	82.43
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Indeziffer der Großhandelspreise. Die vom Stat. Reichsamt für den 11. Mai berechnete Großhandelsindeziffer ist mit 97,7 gegenüber der Vorwoche unverändert. Die Indeziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 94,8 (plus 0,7 v. G.), Kolonialwaren 87,0 (minus 0,3), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 88,0 (minus 0,2) und industrielle Fertigwaren 119,0 (minus 0,3) v. G.

Grün & Biffinger AG., Mannheim. Nachdem die Abschlußziffern dieses Unternehmens bekannt sind — Reingewinn 1 674 280 Reichsmark (1 376 695 Reichsmark), Dividende wiederum 15 v. G. — liegt nunmehr der Geschäftsbericht vor. Er besagt, daß sich besonders im Baugewerbe die schlechte Wirtschaftslage in starkem Maße auswirkte. Das Arbeitsgebiet mußte in verstärktem Ausmaß nach dem Ausland verlegt werden, doch standen der vollen Ausnutzung der bestehenden Möglichkeiten die Devisenbestimmungen entgegen. Im Inland selbst ist noch eine Anzahl Bauausführungen im Gange. Mit der Durchführung größerer Bauaufgaben ist das Unternehmen in Portugal und den portugiesischen Kolonien beschäftigt. Desgleichen wurde von der Schweiz der Bau einer Rheinbrücke in Basel übertragen. Weiter ist die Gesellschaft noch in Frankreich und Belgien bei einigen Bauausführungen beteiligt. Die in den letzten Jahren ausgeführten Untergrundbahnbauten in Berlin und in Griechenland wurden inzwischen beendet. In dem erheblichen Anwachsen der Gläubiger wird bemerkt, daß die südamerikanischen Betriebe eine starke Ausdehnung erfahren haben; außerdem befinden sich darunter noch erhebliche Rückstellungen für Kursverluste bei Auslandsarbeiten.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Pfingstfeiertage

16. Mannheim, 16. Mai. Das geradezu ideale Wetter an den Feiertagen hatte die Mannheimer in Massen in die nähere und weitere Umgegend geführt, so daß die Stadt selbst wie ausgestorben war, die bekanntesten Ausflugspunkte am Rande der Stadt hatten an beiden Tagen einen starken Besuch aufzuweisen. Zum ersten Mal setzte auch am Strandbad lebhafter Betrieb ein. Am Pfingstsonntag wurden etwa 8000 Besucher gezählt, am Pfingstmontag etwas mehr. Die vorgeschienenen 60 Sonderzüge, die Mannheim zu berühren hatten, wurden restlos durchgeführt. Zur reibungslosen Abwicklung des Verkehrs mußte auch die DGB. Sonderzüge laufen lassen, die durchweg gut besetzt waren.

13. Freiburg i. Br., 16. Mai. Das ausgezeichnete Wetter an den beiden Pfingstfeiertagen brachte einen Pfingstverkehr von besonderen Ausmaßen. Sowohl im Kaiserstuhlgebiet wie im Schwarzwald herrschte überall Hochbetrieb. Am 1. Feiertage wurden auf dem Feldberger Hof allein 400 Autos gezählt. Die Schauinsland-Bahn hatte ebenfalls Rekordzahlen zu verzeichnen.

Wieder ein großer Prozeß in Offenburg

17. Offenburg, 17. Mai. Kaum ist der große Spritdiebstahlprozeß, in dem, wie berichtet, Millionen Geldstrafen neben Gefängnis und in einem Falle auch Zuchthaus verhängt wurden, vorbei, da wird in den nächsten Tagen, am 20. Mai, vor der Strafkammer des Offenburger Landgerichts ein neuer Strafprozeß beginnen, der seit einigen Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt. In der Verhandlung haben sich wegen Abtreibung und schwerer Körperverletzung zu verantworten Medizinalrat Dr. Merk, der frühere Bezirksarzt von Kehl und langjährige Chefarzt des dortigen Krankenhauses, die praktische Ärztin Dr. Paula Bauer-Haus und der praktische Arzt Dr. Julius Weber. Bei allen drei Angeklagten handelt es sich um Kehler Ärzte, die schon lange Jahre dort praktizierten. Der Prozeß wird ungefähr 14 Tage dauern, das Urteil wird wohl am 2. oder 3. Juni zu erwarten sein.

Durch das Zusammentreffen der zur Anlage gelangten über 40 Fälle, meist aus dem Hanauerland, mit den feinerzeitigen Anlagen im Stuttgarter Fall Wolf-Rienle, haben diese Vorgänge um so größeres Aufsehen erregt. Was aber den nun beginnenden Offenburger Strafprozeß aus der Reihe der anderen hervorhebt, sind die Anlagen wegen dauernder oder vorübergehender Sterilisation, also Unfruchtbarmachung. Unseres Wissens liegt über eine derartige Frage eine reichsgerichtliche Entscheidung noch nicht vor. — Die Verhandlung wird, wie wir erfahren, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

13. Schweigen, 14. Mai. Dieses Jahr findet kein Spargelfest statt. Seine Veranstaltung wäre mit einem untragbaren Defizit verbunden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Berechtigung zum Betriebe der Löwenapotheke in Heidelberg wurde dem Apotheker Heinrich Knoblauch in Heidelberg verliehen.

Karlsruhe, den 12. Mai 1932.
Der Minister des Innern
Matier

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Berufen:

Dem Professor Dr. Curt Lehme, Direktor der med. Poliklinik der Universität Heidelberg die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors.

Planmäßig ange stellt:

Arbeitslehrer Theodor Karst, an der Blindenanstalt Ibersheim; die außerplanmäßige Laborantin Sophie Schlichte am geologisch-paläontologischen Institut der Universität Heidelberg.

Auf Ansuchen in den einwilligen Ruhestand versetzt:

Landarbeitsinspektorin Anna Scharf, an der Fichelschule Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Hauptlehrerin Luise Koch, an der Mädchenrealschule in Freiburg i. Br.

Gestorben:

Hauptlehrer Karl Ebel in Grödingen; Hausmeister Paul Ach, am Gymnasium in Durlach.

Die gleiche Menge Kaffee,

die Sie immer kochen, können Sie in Zukunft viel billiger herstellen, wenn Sie von der bisherigen Kaffeesorte weniger nehmen, dafür aber von der guten Kaffeewürze Mühlen Franck etwas beigegeben. Machen Sie einen Versuch! Immer aber muß es sein: **Mühlen Franck**



Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten · Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 19

Er erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto
vom Verlag Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

17. Mai 1932

Anstellungsverhältnisse der Zivilhilfskräfte bei der badischen Polizei

Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass Nr. 26 918 vom 21. März 1932 folgende Richtlinien für die Anstellungsverhältnisse der Zivilhilfskräfte bei der badischen Polizei bekanntgegeben.

Für die Anstellung, die Eingruppierung und das Aufsteigen der Zivilhilfskräfte der Polizei gelten künftig folgende Grundsätze:

1. Zivilhilfskräfte bei der mech. Lehr- und Reparaturwerkstätte

Für die Zukunft werden Zivilhilfskräfte in der Regel als Angestellte nach dem N.A.Z. eingestellt werden. Die Einstellung von Zivilhilfskräften als Arbeiter wird auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen es sich um „ungelehrte“ oder „ungelehrte“ Arbeiter (Lohngruppe III bzw. II des Tarifvertrags für die badischen Staatsarbeiter) handelt.

Soweit in rückliegender Zeit Zivilhilfskräfte eingestellt worden sind, die nach den neuen Grundsätzen für die Einstellung als Angestellte in Frage kommen würden, behält es bei der alten Anstellungsart sein. Soweit nicht die Änderung des Anstellungsverhältnisses aus dienstlichen Gründen gerechtfertigt ist und beantragt wird. Auch in diesen Fällen kann die Änderung des Anstellungsverhältnisses noch zu späterem Zeitpunkt beantragt werden, wenn die Bezüge als Angestellter höher sein würden als die im Arbeiterverhältnis stehenden Bezüge.

Nach der Gruppeneinteilung des Tarifabkommens für Angestellte der badischen Staatsverwaltung befinden sich in Vergütungsgruppe III:

Handwerker und Mechaniker ohne Meisterprüfung, Vergütungsgruppe IV:

a) Handwerksmeister und Untermeister ohne Aufsichtstätigkeit (also Handwerker und Mechaniker mit Meisterprüfung aber ohne Aufsichtstätigkeit),
b) Handwerker und Mechaniker ohne Meisterprüfung nach mehrjähriger Tätigkeit,

Vergütungsgruppe V:

Verführer (d. h. Handwerker und Mechaniker mit Meisterprüfung und mit Aufsichtstätigkeit).
Höherprüfung der Handwerker und Mechaniker ohne Meisterprüfung von Vergütungsgruppe III und IV „nach mehrjähriger Tätigkeit“ kann — zufriedenstellende Leistungen vorausgesetzt — frühestens auf den Zeitpunkt der Vollendung des 6. Dienstjahres beantragt werden. Bei der Berechnung der Dienstzeit ist anrechnungsfähige Dienstzeit miteinzurechnen (Anlage 2 zum N.A.Z. Vorbemerkung I, Ziffer 3 bis 10 und Vorbemerkung II Ziffer 2 und 3).

Aufsteigen von Vergütungsgruppe IV nach V kommt nur für Handwerker und Mechaniker mit Meisterprüfung und nur im Rahmen der festgesetzten Stellenzahl der Vergütungsgruppe V in Betracht. Für die Anwartschaft soll nicht die Dienstzeit, sondern die Vereingenschaftung für den Aufstiegsposten in erster Linie maßgebend sein.

Die für die mechanische Lehr- und Reparaturwerkstätte bis auf weiteres festgesetzte Stellenzahl der Verführer ist aus der Anlage, die für die Polizei- und Gendarmerieschule abgeschlossen ist, ersichtlich.

Soweit die Stellen zur Zeit von Polizeibeamten besetzt sind, kann eine Besetzung im Angestelltenverhältnis bei Freiwerden in Frage kommen.

2. Zivilhilfskräfte als Köche, Schneider, Schuhmacher, Schreiner

a) Köche. Der erste Koch soll in der Regel Angestellter nach dem N.A.Z. sein. Sofern er keine Meisterprüfung abgelegt hat, ist er in Vergütungsgruppe III einzustufen. Höherprüfung nach Vergütungsgruppe IV „nach mehrjähriger Tätigkeit“ kann — zufriedenstellende Leistungen vorausgesetzt —

frühestens auf den Zeitpunkt der Vollendung des 6. Dienstjahres beantragt werden. Bei der Berechnung der Dienstzeit ist anrechnungsfähige Vordienstzeit miteinzurechnen (Anlage 2 zum N.A.Z. Vorbemerkung I, Ziffer 3 bis 10 und Vorbemerkung II Ziffer 2 und 3).

Die Hilfskräfte sollen möglichst angelehrte oder „ungelehrte“ Arbeiter (Lohngruppe II bzw. III des Tarifvertrags für badische Staatsarbeiter) sein. Die Anstellung von Hilfskräften als „gelehrte Arbeiter“ (Lohngruppe I) kommt künftig nicht mehr in Frage.

b) Als Schneider und Schuhmacher, verwendete Zivilhilfskräfte werden grundsätzlich nur als „gelehrte“ Arbeiter (Lohngruppe I des Tarifvertrags für badische Staatsarbeiter) eingestellt.

c) Soweit zur Zeit noch als Schreiner verwendete Zivilhilfskräfte — außer der mechanischen Lehr- und Reparaturwerkstätte — vorhanden sind, soll vorerst in deren Anstellungsart keine Änderung eintreten.

3. Polizeimusek

Nach der Gruppeneinteilung des N.A.Z. sind die Polizeimusek als Angestellte eingestuft in Vergütungsgruppe II Polizeimusek als Anwärter, Vergütungsgruppe III Polizeimusek, Vergütungsgruppe IV Polizeimusek mit besonderer Vorbildung oder nach mehrjähriger Tätigkeit, Vergütungsgruppe V Polizeimusek mit besonderer Vorbildung nach mehrjähriger Tätigkeit, Vergütungsgruppe VI Korpsführer der Polizeikapelle.

Danach werden Anwärter ohne fachliche Vorbildung als Angestellte in Vergütungsgruppe II eingestellt. Bei Eignung kann Höherprüfung nach Vergütungsgruppe III mit Vollendung des Dienstjahres beantragt werden. Bei der Berechnung der Dienstzeit ist in diesem Falle anrechnungsfähige Vordienstzeit unberücksichtigt zu lassen.

Musek, die wohl entsprechende fachliche Vorkenntnisse aber nicht den Besuch einer fachlichen Ausbildungsstätte nachweisen können, werden als Angestellte in Vergütungsgruppe III eingestellt. Bei Eignung kann Höherprüfung nach Vergütungsgruppe IV nach Vollendung des 6. Dienstjahres beantragt werden. Anrechnungsfähige Dienstzeit ist miteinzurechnen (Anlage 2 zum N.A.Z. Vorbemerkung I, Ziffer 3 bis 10 und Vorbemerkung II, Ziffer 2 und 3).

Musek, die gute fachliche Kenntnisse und besondere Fachvorbildung (Musikschule oder dgl.) nachweisen können, werden als Angestellte in Vergütungsgruppe IV eingestellt. Bei Eignung kann Höherprüfung nach Vergütungsgruppe V mit Vollendung des 6. Dienstjahres beantragt werden. Anrechnungsfähige Dienstzeit ist dabei miteinzurechnen. (Anlage 2 zum N.A.Z. Vorbemerkung I, Ziffer 3 bis 10 und Vorbemerkung II, Ziffer 2 und 3).

Der Korpsführer der Polizeikapelle ist in Vergütungsgruppe VI eingestuft. Von ihm muß der Nachweis voller Eignung in fachlicher Eignung in fachlicher und sonstiger Hinsicht als Korpsführer verlangt werden.

Einstellung und Höherprüfung, wie Entscheidungen über etwaige Änderungen des Anstellungsverhältnisses auf Grund der vorstehenden Ausführungen sind im Einzelfall jeweils hier zu beantragen. Bei Aufstiegsanträgen ist die Erfüllung der verlangten Voraussetzung darzulegen.

Berufsbezeichnungen im mittleren technischen Dienst

Im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 23) veröffentlicht das Staatsministerium eine Verordnung zu den Staatsprüfungen. Danach ist, wer die Prüfung für den mittleren technischen Dienst bestanden hat, berechtigt, die Berufsbezeichnungen je nach Fach zu führen: Staatlich geprüfter Elektrotechniker, Maschineningenieur und Bauingenieur.

Reichsbeamte als Aufsichtsräte

Neue Richtlinien des Reichsfinanzministeriums

Der Rechnungsausschuß des Reichshaushaltsausschusses ist bei seinen Prüfungen von Reichsbeteiligungen wiederholt auf das Problem der Beamten als delegierte Aufsichtsräte gestoßen. Das gilt sowohl für die Frage der Verantwortlichkeit jener Reichsbeamten als auch für die Frage des Bezuges von Lantien. Bei der Rechnungsprüfung 1930 in der Rechnungsausschuß wieder auf mehrere Fälle gestoßen, bei denen die Beteiligung des Reiches und seine Vertretung durch Reichsbeamte in Aufsichtsräten größere Verluste nicht zu verhindern vermochte, auch wenn sie durch schlechte Geschäftsführung entstanden und nicht etwa aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erklärt werden können, ja, daß die Vertreter des Reiches finanzielle Verluste erst dann kennenlernten, als es zu einer Verhinderung zu spät war. Damit ist aber bewiesen, wie notwendig nicht nur eine allgemeine Regelung der Verantwortlichkeit für Reichsbeamte ist, die in Aufsichtsräte abgeordnet werden, sondern auch wie wichtig die allgemeine Aktienrechtsreform ist, soweit sie die Ablicht hat, den Aufsichtsrat aus einer delorativen Funktion zu einer ernsthaften Einflußmöglichkeit zu bringen. Die früheren Verhandlungen haben dazu geführt, daß das Reichsfinanzministerium neue Grundsätze über die Beteiligung von Reichsbeamten als Aufsichtsräte ausgearbeitet und verfaßt hat.

Darin wird festgestellt, daß jeder Beamte auf Anordnung seines Dienstvorgesetzten verpflichtet ist, die Delegation in einen Aufsichtsrat oder Vorstand einer Erwerbsgesellschaft anzunehmen, wenn diese Tätigkeit seiner Vorbildung und Berufsbildung entspricht und im Reichsinteresse liegt. Diese Tätigkeit ist keine Nebenarbeit oder keine Nebenbeschäftigung, sondern ein Teil der Hauptdienstverpflichtungen der Beamten. Dem Reich gegenüber sind die Handlungen eines delegierten Aufsichtsrates die Ausführung eines Dienstbefehls, der Beamte hat auf Grund seiner Dienstpflichtspflicht stets die Befehle zu befolgen. Der Beamte haftet, da er nach außen im eigenen Interesse handelt, persönlich. Wird er haftbar gemacht, so hat das Reich den ihm entstandenen Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß ihm schuldhaftes Verhalten für die Entstehung seiner Haftung nachgewiesen werden kann. Die Frage der Behandlung von Einnahmen aus der Delegation als Aufsichtsrat regelt sich nach den Grundsätzen des allgemeinen Beamtenrechts. Dem Beamten kann ein bestimmter Anteil der Lantien belassen bleiben. Diese Beträge umfassen jährlich 480 bis 960 RM, je nachdem, ob der Beamte bei einer oder bei mehreren Gesellschaften und nur Aufsichtsratsmitglied oder Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Durch diese neuen Richtlinien sind eine Reihe von Streitigkeiten endlich beseitigt worden. In Reichstagskreisen bleiben aber immer noch Bedenken übrig, ob die Reichsbeamten den tatsächlich gestellten Anforderungen gerecht werden. Da der Reichstag einen Beschluß gefaßt hat, monach die Reichsbeamten Aufsichtsratsbezüge abzuführen haben, sind nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums neue Verhandlungen über diese Frage mit anderen Dienststellen notwendig geworden.

Weitere Arbeiten des Reichsparlamentarischen Ausschusses

Der Sparkommissar hat in Erledigung eines Wunsches des Reichsfinanzministeriums wieder eingehende Prüfungen in der Reichsfinanzverwaltung vorgenommen. Nach Besichtigungen in Berlin, Hannover, Bremen, Oldenburg, Hamburg, Kiel, Schwerin und Rudolstadt werden jetzt die Finanz- und Zollämter in Bayern einer Prüfung unterzogen. In München nahm der Sparkommissar persönlich an den Verhandlungen teil, die infolge der umfangreichen Tätigkeit der Finanzämter für Länderaufgaben Schwierigkeiten besonderer Art aufweisen. Dem Vernehmen nach sollen im März die Landesfinanzämter in Nürnberg und Würzburg geprüft werden.

Colonia

Rölnische Feuer- u. rölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft

Summarische Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1931

Aktiva		Passiva		
RM		RM		
Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	6 000 000,—	Aktienkapital	8 000 000,—	
Grundbesitz	2 711 688,26	Reservefonds	1 000 000,—	
Hypotheken und Grundschuldenforderungen	3 140 317,57	Reserve für unvorhergesehene Fälle	4 200 000,—	
Schuldenscheinforderungen	40 000,—	Abschreibungsfonds für Grundbesitz	590 545,78	
geg. öffentl. Körperschaften	3 365 058,41	Prämienreserven	477 806,19	
Beteiligungen an and. Versicherungsunternehmungen	4 104 276,24	Prämienüberträge	4 810 759,—	
Guthaben bei Bankhäusern, Sparkassen usw.	2 037 282,01	Schadenreserve	2 942 962,—	
Guthaben bei anderen Versicherungsunternehmungen	a) aus dem laufenden Rückverf.-Verkehr	186 333,34	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	a) aus dem laufenden Rückverf.-Verkehr
a) aus dem laufenden Rückverf.-Verkehr	503 564,90	b) a. ihren Hinterlegung	1 940 435,09	
b) aus unv. Hinterlegung	209 750,65	Guthaben einzelner Vertreter	6 071,99	
Rückstände, Zinsen u. Zinsen	84 457,60	Saldi sonst. Abrechnungen	756 577,95	
Außenstände bei Generalagenten und Agenten	1 831 209,03	Gewinn	1 031 633,60	
Rassenbestand	23 130,77			
Sonstige Aktiva	1 882 389,51			
	25 933 124,94		25 933 124,94	

Garantiemittel der Gesellschaft

Aktienkapital	8 000 000,—	RM
Kapitalreservefonds	1 000 000,—	"
Reserve für unvorhergesehene Fälle	4 600 000,—	"
Prämienreserven	477 806,19	"
Prämienüberträge	4 810 759,—	"
Schadenreserve	2 942 962,—	"
Vortrag auf neue Rechnung	65 498,71	"
	21 897 025,90	RM

Öffentliche Verbandsspartasse Bonndorf i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
RM		RM	
1. Rassenbestand	17 408,83	1. Spareinlagen	1 966 947,39
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	276 443,79	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 830 795,97
3. Wertpapiere	84 600,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	246 126,44
4. Wechsel	61 515,25	4. Anlehens- und andere Schulden	127 856,85
5. Darlehen a. Hypotheken	1 414 892,16	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen aus Sonderkreditmitteln	128 249,44	a) gesetzl. Res.-fonds	134 893,33
7. Grundstückskaufgelder	201 318,65	b) Sonderrücklage	61 945,72
8. Darlehen in fdb. Rechnung an Private	206 108,13	7. Reingewinn vom Jahre 1931	34 989,88
9. Darlehen a. Schuldschein	297 185,58	8. Abale	26 960,11
10. Darlehen a. Gemeinden	342 066,03		
11. Konsolidierungsdarlehen	30 000,—		
12. Einlage beim Spargiroverband	47 000,—		
13. Aufwertungsfordernng	1 044 083,15		
14. Aufwertungs-abrechnungsfonds	85 193,92		
15. Einnahmerückstände	103 923,75		
16. Grundstücke u. Gebäude	63 565,90		
17. Gerätschaften	1,—		
18. Abale	26 960,11		
	4 403 555,58		4 403 555,58

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 4 024 800,39 RM = 201 240,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 134 893,33 RM
Zuweisung aus dem Reingewinn 1931 34 989,88 RM 169 883,21 RM
Somit weniger 31 360,79 RM
Bonndorf i. Schw., den 23. April 1932. R. 948
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
H. L. H. H.

Druck G. Braun, Karlsruhe